

Bürgerallianz Thüringen fordert weiterhin die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge

Die Bürgerallianz Thüringen ist von den bisherigen Ergebnissen des Dialoges mit dem von der SPD geführten Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales (TMIK) zur Thematik Rückwirkung und Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen (SAB) für betroffene Bürger schwer enttäuscht. Das TMIK hatte am 27. August 2015 zu einer weiteren Beratung, an der auch Landtagsfraktionen und andere Interessenvertreter teilgenommen hatten, verkündet, an der bisherigen Beibehaltung der Erhebung von SAB festzuhalten und lediglich in 2016 über eine mögliche Änderung der Rückwirkung weiter zu diskutieren. Diese Empfehlung an die Landesregierung ist für uns inakzeptabel und ein „Schlag ins Gesicht“ für alle Betroffenen von Straßenausbaubeiträgen in Thüringen.

Wir fordern die Koalitionsparteien der Landesregierung und die Opposition auf, dem Vorschlag der Landesregierung nicht zuzustimmen.

Die Blockadehaltung der SPD bei der Klärung der Rückwirkung ist unverantwortlich gegenüber den betroffenen Beitragszahlern und Kommunen. Man versteckt sich hinter Gutachten von Beamten, die schon unter Vogel bis Lieberknecht gedient hatten. Verfassungsrechtliche Bedenken sind aus unserer Sicht nicht angebracht. Mit dem Beschluss des 1. Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 05.03.2013 – 1 BvR 2457/08 – hat das Bundesverfassungsgericht betont, dass das Rechtsstaatsprinzip Regelungen verlangt, die sicherstellen, dass Abgaben, die zum Ausgleich eines Vorteils gezahlt werden sollen, nicht zeitlich unbegrenzt nach Erlangung des Vorteils festgesetzt werden können. Die Thüringer Landesregierung kann somit per Gesetzesänderung eine maximale Rückwirkung für 4 Jahre, so wie wir es fordern, festlegen.

Wenn die SPD neben der Begrenzung der Rückwirkung auch die gänzliche Abschaffung der SAB ablehnt, wollen wir zu den nächsten Wahlen dafür sorgen, dass diese Partei in der Bedeutungslosigkeit versinkt. Die Linke und Bündnis90/Die Grünen haben uns vor den Landtagswahlen 2014 schriftlich versichert die SAB abzuschaffen und zuvor die Rückwirkung auf 4 Jahre zu begrenzen. Wir fordern beide Parteien auf, ihr Wahlversprechen einzuhalten.

Die neue Landesregierung muss sich mit dem Ernst der Lage auseinandersetzen und endlich die Ungerechtigkeit bei Kommunalabgaben beenden. Ansonsten droht nicht nur einen weiterer Vertrauensbruch in die Landespolitik, sondern auch ihre Abwahl. 20 Jahre wurden wir nun von den unterschiedlichsten Koalitionen unter Federführung der CDU betrogen und verraten. Es entsteht der Eindruck, dass nun auch Rot/Rot/Grün Wahlversprechen opfert um an der Macht zu bleiben. Das nennt man Wählertäuschung. Herr Ramelow wird aufgefordert, ein Machtwort zu sprechen und die ungerechten Zwangsbeiträge abzuschaffen!

Die Kosten für den Straßenausbau von Gemeindestraßen und deren Nebeneinrichtungen sind wie in Berlin und Baden-Württemberg aus dem bestehenden Steuereinnahmen zu finanzieren. Dabei muss auch nicht die Grund- und Gewerbesteuer erhöht werden. Denn eine steigende Kaufkraft führt zu höheren Steuereinnahmen. Nebenbei entfällt ein hoher Verwaltungsaufwand, der in keinem gesunden Verhältnis zu den Einnahmen steht. Grundstückseigentümer und Mieter haben keinen besonderen Vorteil von SAB, weil alle Menschen die Straße oder die Nebeneinrichtungen, wie Spielplätze oder Gehwege nutzen können.

Die derzeitige Diskussion um die Begrenzung der Rückwirkung kann für die Bürgerallianz Thüringen nur ein erster Schritt vor der gänzlichen Abschaffung der Straßenausbaubeiträge sein.

gez.

Bürgerallianz Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben e.V.

07.12.2015